

## **Jenseits der Moral.**

### **Zum Verhältnis zwischen Deutschland und Israel<sup>1</sup>**

Wer sich öffentlich zum Verhältnis zwischen Deutschland und Israel äußert, der braucht gute Nerven. Ein falsches Wort, eine unbedachte Formulierung, und er muss damit rechnen, dass ihm geballte moralische Empörung entgegenschlägt. Das Thema ist moralisch hochbesetzt. Das hat, wie sollte es anders sein, mit der deutschen Vergangenheit zu tun. Das heutige Deutschland hält sich zu Recht etwas darauf zugute, nach Jahren der Verleugnung und Verdrängung in der Nachkriegszeit sich dieser Vergangenheit gestellt und sie im öffentlichen Disput, aber auch in Erziehung, Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Gegenstand intensiver Auseinandersetzung gemacht zu haben. Die moralische Sensibilität in der Frage des Verhältnisses zwischen Deutschland und Israel ist eine Frucht dieser Auseinandersetzung. Sie zeugt von einer Haltung, die allem bereits im Ansatz entgegentritt, was die Schatten der Vergangenheit erneut heraufbeschwören könnte, und seien es „nur“ Worte.

Und doch gibt die Heftigkeit, mit der über dieses Thema gestritten wird, auch zu denken. Zeigt sich darin doch auch eine tiefe Ambivalenz, die der Moral eigentümlich ist. Moral, wie wir sie kennen und verinnerlicht haben, ist ein Phänomen der Moderne, das aus der aufgeklärten Kritik religiöser Weltbilder hervorgegangen ist. Über sie konstituiert sich die Gesellschaft als *moral community*, d.h. als Letztinstanz für die Entscheidung darüber, was gut oder schlecht, richtig oder falsch ist. Die religiöse Begründung des Guten und Schlechten aus Gottes Willen und Gebot wird hierdurch abgelöst und obsolet. Die Moral wird zu einem Instrument der Selbststeuerung moderner Gesellschaften mittels Verständigung über das Gute und Schlechte. Das Steuerungsmedium sind die Gewährung und der Entzug von Wertschätzung und Achtung, wie dies in jeder Bewertung einer Handlung als gut oder schlecht, löblich oder tadelnswert zum Ausdruck kommt.

Hierzu ist auch die moralische Empörung zu rechnen, und sie ist die wohl wirksamste moralische Sanktion, mit der nicht nur Handlungen, sondern auch Äußerungen, Meinungen und Gesinnungen bedacht werden. Auf diese Weise wird der Moraldiskurs zur obersten Diskurs-Instanz, von der her Sachdiskurse daraufhin überwacht werden, ob sie moralisch korrekt verlaufen. Man kennt das Phänomen unter der Bezeichnung *political correctness*: Bestimmte

---

<sup>1</sup> Der folgende Text wurde in *zeitzeichen* 11/2019 veröffentlicht.

Wörter dürfen nicht verwendet, bestimmte Dinge nicht gesagt, bestimmte Fragen nicht öffentlich angesprochen werden. Auf diese Weise wird ein enormer Konformitätsdruck erzeugt, und es erfordert Courage, sich auf Themenfeldern, die moralisch hochbesetzt sind, öffentlich zu exponieren. Weil der Moral eine so zentrale Bedeutung zukommt, ist sie ein Feld, auf dem um Einfluss und Macht gerungen und Druck auf andere ausgeübt wird. Wer die Regeln für *'political correctness'* bestimmt, der kann Macht über andere ausüben.

So gesehen ist Vergangenheitsbewältigung mittels Moral eine überaus fragwürdige Angelegenheit. Denn Moral entwickelt ihre eigene Dynamik. Es geht dann eigentlich gar nicht um die Vergangenheit. Die Vergangenheit fungiert vielmehr lediglich als Argument in den Moraldiskursen der Gegenwart, mit dem man sich wechselseitig ins Unrecht setzt. Bei alledem mag unbewusst auch das Motiv mitspielen, sich selbst von der drückenden Last der Vergangenheit zu befreien, indem man sich in den Moraldiskursen der Gegenwart dessen versichert, dass man heute auf der richtigen Seite steht.

Vielleicht wird man einwenden, dass dieses Bild zu negativ gezeichnet ist. Müssen wir nicht dankbar sein dafür, dass Antisemitismus heute moralisch geächtet ist oder dass die Verleugnung der historischen Schuld Deutschlands auf breite moralische Verurteilung stößt? Daran ist gewiss etwas Wahres. Allerdings ist schwer einzuschätzen, wie tief dieser Einstellungswandel verankert ist, wenn man den Konformitätsdruck der Moral in Rechnung stellt, der auch Opportunismus erzeugt. Doch die eigentliche Gegenfrage lautet, ob wir auch nur das Geringste begriffen haben von der besonderen Beziehung, die Deutsche und Juden verbindet, solange wir die Dinge lediglich moralisch betrachten.

Die Shoah entzieht sich moralischen Kategorien. Es gibt moralisch Gutes und moralisch Schlechtes, aber es gibt nicht moralisch Böses. Darum aber geht es: um das unfassbar Böse, das mit der Shoah geschehen ist. Dass das jenseits aller Moral liegt, erkennt man daran, dass es offensichtlich abwegig wäre, sich über jene, die in Auschwitz die Menschen in die Gaskammern trieben, moralisch zu empören, so als hätten sie etwas moralisch Falsches getan. Hier läuft alle Moral ins Leere, und es bleibt nur eines: Entsetzen. Entsetzen und Erschütterung darüber, was die Menschen, denen dies angetan wurde, erlitten haben; und auch darüber, was jene erlitten haben, die überlebt, aber Eltern, Geschwister, Verwandte und Freunde in den Vernichtungslagern verloren haben. Und an irgendeiner Stelle gehört auch dies dazu: die Erinnerung daran, was wir jenen verdanken, die in der „Welt von gestern“ (Stefan Zweig) als

Juden Deutsche waren oder Bürger von Österreich-Ungarn und seinen Nachfolgestaaten oder überhaupt Teil der europäischen Kultur, an den ungeheuren Reichtum in der Musik, der Literatur, in Theater und Film, der Wissenschaft, der Philosophie, dem Rechtswesen, dem kritischen Journalismus und der öffentlichen Meinungsbildung. In alledem begegnet ein Geist der Humanität, der nicht zuletzt aus den Erfahrungen von Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung hervorgegangen ist, die Juden in Deutschland und Europa zu erdulden hatten.

Dies ist es, was Deutsche und Juden verbindet. Das liegt jenseits aller Moral, ja es wird verschüttet und zubetoniert, wenn das Verhältnis von Deutschen und Juden nur noch durch die moralische Brille gesehen und zum moralischen Zankobjekt gemacht wird. Weil die Shoah sich moralischen Kategorien entzieht, taugt sie nicht als Argument in Moraldiskursen. Wo man sie gleichwohl dazu benutzt, da macht man daraus ein Stereotyp, mit dem nach Belieben hantiert wird. Auf diese Weise wird dem Vergessen nicht gewehrt, sondern es wird befördert, weil es nur noch um das moralische Rechthaben in der Gegenwart geht.

Die Verantwortung, die wir als Deutsche tragen, ist unendlich viel tiefer begründet als lediglich in Moral. Kann es denn in Ansehung dessen, wie Menschen industriell organisiert vernichtet worden sind, weil sie Juden waren, und im Wissen darum, dass dies zu unserer jüngeren deutschen Geschichte gehört und in der Generation unserer Eltern und Großeltern geschehen ist, auch nur den geringsten Zweifel geben, dass wir als Deutsche in einer besonderen, einer unbedingten Verantwortung stehen gegenüber Menschen, die heute ausgegrenzt, bedroht, bespuckt, tötlich angegriffen oder verfolgt werden, weil sie Juden sind? Schließt dies nicht auch die Verantwortung gegenüber den Nachkommen derer ein, die damals mit dem Leben davongekommen sind und in Palästina Zuflucht suchten, also gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Staates Israel, der sich heute einer massiven Bedrohung seiner Existenz ausgesetzt sieht? Kann das unter denen, die sich der jüngeren deutschen Geschichte bewusst sind, ernstlich strittig sein?

Es gibt allerdings etwas, das über alledem nicht vergessen werden darf. Aus der deutschen Geschichte resultiert nicht nur die besondere Verantwortung, in der wir als Deutsche gegenüber Juden und dem jüdischen Volk stehen. Aus ihr resultiert auch die Mahnung, die Art. 1 des Deutschen Grundgesetzes formuliert: „Die Menschenwürde ist unantastbar.“ Beides hängt unmittelbar zusammen. Das Entsetzliche, das Menschen angetan worden ist, weil sie Juden waren, das ist Juden angetan worden, und es ist Menschen angetan worden. Und auch all das

andere, was es an Verfolgung, Misshandlung und Mord gegeben hat, an Sinti und Roma, Homosexuellen oder Andersdenkenden, verdichtet sich in dieser Mahnung von Art. 1 des Deutschen Grundgesetzes, die sich auf Menschen als Menschen bezieht.

Auch ihr kommt heute Bedeutung zu im Blick auf unser Verhältnis zum Staat Israel. Der Universalismus der Idee der Menschenwürde und der Menschenrechte schließt alle Menschen ein und erlaubt keine Unterschiede. Auch keine Unterschiede zwischen Juden und Palästinensern. Die besondere Verantwortung, in der wir als Deutsche gegenüber dem jüdischen Volk stehen, bezieht sich auf die Existenz und die Sicherheit des Staates Israel, den Deutschland mit erheblichen Waffenlieferungen und auf andere Weise unterstützt. Aber sie kann und darf sich nicht beziehen auf die Politik, die der Staat Israel in den von ihm besetzten Gebieten in Ostjerusalem und dem Westjordanland betreibt, insbesondere mit dem Siedlungsbau auf einem Territorium, das völkerrechtlich nicht zu Israel gehört. Was dort geschieht, ist tiefes Unrecht an der palästinensischen Bevölkerung und unvereinbar mit dem Universalismus der Menschenrechte.

Die besondere Verantwortung, in der wir als Deutsche gegenüber dem jüdischen Volk stehen, kann und darf auch nicht dazu führen, dass die Geschichte des Nahostkonflikts nur durch die Brille des israelischen Narrativs gesehen und über das Unrecht und Leid hinweggesehen wird, das der palästinensischen Bevölkerung bei und seit der Gründung des Staates Israel zugefügt worden ist. Allerdings kann es auch bei diesem Thema nicht darum gehen, sich moralisch zu empören. Wo wäre das Handlungssubjekt, das man heute anklagen könnte für das, was 1948 geschehen ist? Die Geschichte lässt sich nicht zurückdrehen. Auch hier kann es nur darum gehen, das Unrecht und Leid, das geschehen ist, nicht zu vergessen, zu benennen und anzuerkennen. Nur so wird Versöhnung möglich.

Es sind vor allem diese beiden Verpflichtungen, die uns als Deutschen durch unsere jüngere Geschichte auferlegt sind: die besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk und die Verpflichtung auf den Universalismus der Menschenwürde und der Menschenrechte. Kann es denn ernstlich strittig sein, dass für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Deutschland und dem Staat Israel und für die Beurteilung der Situation im Nahen Osten *beide* Verpflichtungen gleichermaßen leitend und maßgebend sein müssen?

Wenn man sich hierauf einigen könnte, dann sollte es möglich sein, sich auch über einen Vortrag wie den von Bischof Hans-Jürgen Abromeit über „Zwei Völker – ein Land. Eine biblische Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina“ besonnen und sachlich zu verständigen, d.h. ohne ihn von vorneherein zu skandalisieren. In der Sache fordert der Vortrag zu manchen Rückfragen und auch zu Kritik heraus. Aber die meisten Reaktionen hierauf sind Musterbeispiele dafür, wie bei einem moralisch hochsensiblen Thema der Gestus moralischer Empörung jede vernünftige Klärung in der Sache abwürgt und unmöglich macht. Denn dieser Gestus zielt auf die Person, nicht auf die Sache. Die Person soll moralisch diskreditiert werden, um so die Sache abzuschmettern, um die es ihr geht. Dazu werden ihr moralisch skandalöse Dinge unterstellt: dass sie die politische Großwetterlage in Deutschland in Gestalt des Erstarkens des Rechtspopulismus bedienen will; dass sie dem Staat Israel das Existenzrecht absprechen will; dass sie die historische Schuld Deutschlands relativieren will; dass sie die Überlegenheit der christlichen über die jüdische Religion behaupten will usw. usw. Eine Illustration für diesen Skandalisierungsstil liefert der Beitrag von Sebastian Engelbrecht in *zeitzeichen* 10/2019. Nichts von alledem trifft auf Abromeits Vortrag zu, wie jeder sich überzeugen kann, der diesen sorgfältig, fair, im Zusammenhang und vor allem von seiner Intention her liest, Perspektiven für den Frieden zwischen Israel und Palästina auszuloten. Auf diese gehen jene, die den Vortrag skandalisieren, gar nicht erst ein. Ihnen geht es ganz offensichtlich nur darum, den Staat Israel gegen jegliche Kritik zu immunisieren.

Dazu gehört auch dessen religiöse Überhöhung. Danach sollen Christen in ihm Gottes Heimführung seines Volkes in das verheißene Land erkennen. Man wähnt, dies direkt aus der Bibel ableiten zu können. Doch wenn man die Wirklichkeit betrachtet, in der Christen dies erkennen sollen, die Geschichte des Staates Israel, zu der 1948 jene Ereignisse gehören, die die Palästinenser als gewaltsame Vertreibung erlebt haben, wobei, wie Dokumente aus dem israelischen Militärarchiv belegen, Massaker an der palästinensischen Zivilbevölkerung die Menschen in die Flucht trieben: Können Christen darin das Handeln dessen erkennen, der sich in Jesus Christus als Liebe offenbart? Oder soll darin der erkannt werden, der seinem Volk gebietet, das verheißene Land mit Gewalt zu erobern und die ansässige Bevölkerung nicht zu schonen? Welche biblische Deutung soll hier maßgebend sein, hier und bezüglich der heutigen israelischen Siedlungspolitik, und welches Gottesbild wird damit etabliert? Und was soll man den Palästinensern erklären: dass sie das bedauerliche, aber unvermeidliche Opfer von Gottes ewiger Vorsehung für sein auserwähltes Volk sind? Wie verhält sich das zum Universalismus von Menschenwürde und Menschenrechten? Auf all das muss antworten können, wer den

heutigen Staat Israel mit Gott in Verbindung bringt. Das gilt auch für Synoden und Kirchenleitungen. Müssen Christen es sich nicht ausnahmslos verboten sein lassen, sich an der religiösen Überhöhung und Legitimierung von Staaten und ihrer Gewaltgeschichte zu beteiligen?